

100% sozial für Brandenburg

Beschluss der 3. Tagung des 3. Landesparteitages am 19.10.2013 in Eberswalde zur Auswertung der Bundestagswahlen und zu Aufgaben in Vorbereitung der Wahlen 2014

Die politische Situation nach der Bundestagswahl

Die Botschaft unseres Wahlkampfes war eindeutig: „100 % sozial“. Dies war nicht nur der Titel unseres Wahlprogrammes. Auch die Kampagne mit unseren politischen Forderungen nach einem Mindestlohn von 10 Euro, einer solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro und mit der Forderung nach der Abschaffung von Hartz IV war konsequent an der sozialen Frage ausgerichtet. Wir haben die soziale Frage konsequent in den Mittelpunkt der wahlpolitischen Auseinandersetzung gestellt.

DIE LINKE ist auf Bundes- und auf Landesebene die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Ihr Weg zur Gestaltung des Landes ist der sozial-ökologische Umbau. Die Bundestagswahl vom 22. September war der Auftakt für den Wahlzyklus 2013 und 2014. Am 25. Mai 2014 werden gleichzeitig Kommunal- und Europaparlamentswahlen durchgeführt, im darauffolgenden September wird der sechste brandenburgische Landtag gewählt.

Das Wahlergebnis vom 22. 9. zeigt eine Konsolidierung auf hohem Niveau und entspricht mit 8,6 % in etwa dem Ergebnis von 2005 (8,7 %), als DIE LINKE ihren ersten Antritt zu einer Bundestagswahl hatte. Auch wenn wir unser selbst gestecktes Ziel von 25%+x nicht erreicht haben, trägt der Landesverband Brandenburg mit 311.322 Zweitstimmen zum guten Bundesergebnis bei. Das ist nach vier Jahren Regierungsbeteiligung im Land eine solide Basis und eine gute Ausgangsplattform für die vor uns liegenden Wahlkämpfe.

Im Wahlkampf konnten wir erfolgreich bestehen, weil der Versuch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, programmatisch nach links zu rücken, unglaublich erschien. Die SPD hatte 2013 zwar ein sozialdemokratischeres Programm als 2009, aber einen sozialpolitisch unglaublichen Kandidaten, der bekennender Mitverantwortlicher der Agenda 2010 Politik in Deutschland ist.

Doch wir konnten aus mehreren Gründen nicht an das außerordentlich gute Ergebnis von 2009 anknüpfen. Selbstbeschäftigung und fruchtloser innerparteilicher Streit haben uns Vertrauen gekostet. Erst mit der neuen Parteiführung kehrte Ruhe in die Partei ein und die Streitkultur veränderte sich. Seitdem haben wir an uns gearbeitet und das ist honoriert worden. Dies trug zur Trendwende in den Umfrage bei. Noch vor einem Jahr hätte niemand erwartet, dass wir nunmehr die drittstärkste Parlamentsfraktion stellen. Wir wollen auch in Brandenburg wieder stärker werden. Dafür haben wir am 22. September eine solide Grundlage bekommen.

Wir in Brandenburg haben unser Bestmöglichstes für die Menschen in unserem Bundesland getan. Wir haben uns nicht in innerparteiliche Schlachten geworfen und dort zerrieben – sondern wir haben uns auf unsere Aufgabe konzentriert, unsere Erfahrungen benannt, Zusammenarbeit, Verständnis und konstruktive Diskussion gesucht. Wir können aber auch zugleich feststellen, dass Brandenburg selbst nie zum Schlachtfeld innerparteilicher Kämpfe wurde. Wir können uns mit dem, was wir in den vergangenen Jahren in Brandenburg getan haben, sehen lassen – vor den Bürgerinnen und Bürgern des Landes, vor unseren Wählerinnen und Wählern, vor unserer Partei insgesamt.

Der wohl wichtigste Grund, warum die Bundeskanzlerin im Herbst 2013 eine so hohe Zustimmung bekommen hat, liegt in der Erzählung von CDU/CSU: „Deutschland geht es gut. Die Kanzlerin hat uns gut durch die Krise gebracht.“ Aber wie sieht ihre Politik aus? Die Bundesregierung hat, unterstützt von SPD und Grünen, Bürgschaften in Milliardenhöhe zugestimmt. Der größte Teil dieser verbürgten Gelder ging an Banken und Investoren, deren Spekulationen wurden gerettet. Private Spekulationsverluste wurden in öffentliche Bürgschaften und damit in staatliche Haftungen verwandelt. Gemeckert wurde zur Ablenkung

- begleitet durch eine starke Öffentlichkeitkampagne - über die „faulen Südeuropäer“. Dies ist der größte Sozialraub seit dem zweiten Weltkrieg, eine Umverteilung von Unten nach Oben in ungeheurem Maße und eine Wiederkehr nationalistischer Politik, die bereits überwunden schien.

Die praktische Politik der neuen Bundesregierung wird schnell zeigen, dass es ein Weiter so in der Umverteilung von Unten nach Oben und beim Abbau sozialer Rechte gibt. Es wird mit dem Verweis auf die Wettbewerbsfähigkeit auch künftig Druck auf Löhne und Beschäftigungsverhältnisse geben. Wir rechnen mit weiteren Blockaden bei der Gestaltung der Energiewende und die Regierung Merkel wird eine Aufweichung des Nachtflugverbots am BER forcieren. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen werden für uns in Brandenburg nicht besser.

Die Auseinandersetzung mit der Brandenburger CDU zur Gestaltung des Landes führen wir konsequent. Wir werden den begonnenen Weg der Veränderung mit sozialem Augenmaß fortsetzen und zeigen: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Brandenburg – vier Jahre Rot-Rot haben das Land voran gebracht

Im Jahr 2009 gingen wir als LINKE erstmals in Brandenburg als stärkste Kraft aus den Bundestagswahlen hervor. Bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl erreichten wir Platz zwei hinter der SPD und verwiesen die CDU auf den dritten Platz. Die Brandenburgische LINKE hat sich nach 19 Jahren Opposition bewusst und nach transparenten und intensiven Debatten entschieden, in die Regierung mit der SPD einzutreten. Dabei haben wir von den Erfahrungen vorangegangener Regierungsbeteiligungen profitiert. Wir wussten, in Regierung darf der soziale Markenkern der LINKEN nicht zur Disposition gestellt werden und wir haben vor der Wahl nichts versprochen, von dem wir vorher schon wussten, es wäre – unter den bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen – nicht umsetzbar. Und wir haben stets versucht, Regierungshandeln gemeinsam mit der Partei zu entwickeln und Entscheidungsprozesse transparent zu machen.

Der Eintritt der LINKEN in die Brandenburger Landesregierung war getragen von dem Willen, das Land Brandenburg solidarisch, gerecht und nachhaltig zu gestalten – die rot-rote Koalition hat daran zielbewusst und erfolgreich gearbeitet. Dabei haben beide Partnerinnen auch einen Prozess des einander Kennenlernens und aneinander Herantastens durchlaufen, bei dem sie lernten, die jeweils andere und deren Besonderheiten ernst zu nehmen. Gerade in schwierigen Fragen wie dem Umgang mit der Vergangenheit, den SPD-Ministerrücktritten, bei der Dauerbaustelle BER, den Fragen zum Lärmschutz, bei der Hochschulfusion in der Lausitz, beim Umgang mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, bei der Inklusion aber auch beim kürzlich erfolgten Ministerpräsidentenwechsel hat die rot-rote Koalition Handlungsfähigkeit bewiesen. In dieser Zeit ist zwischen den Koalitionspartnern Vertrauen gewachsen.

Dabei verhehlen wir nicht, dass die bisherigen Ergebnisse in zum Teil harter Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner erstritten wurden.

Die Regierung aus LINKER und SPD macht deutlich, dass sie landespolitisch neue Wege geht. Rot-Rot steht für soziale Verantwortung in der Landespolitik, für eine starke Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und die Gestaltung des Strukturwandels mit sozialem und ökologischem Augenmaß. Nicht Marktinteressen, sondern die Interessen der Menschen stehen im Mittelpunkt.

Als LINKE Brandenburg sind wir als derzeit einziger Landesverband in Regierungsverantwortung mit unserem Handeln Referenzprojekt für die LINKE als Gesamtpartei. Hier zeigen wir, dass LINKE auch in Regierungsverantwortung die soziale Frage zum Mittelpunkt ihres Handelns machen. Hier zeigen wir, dass – bei allen bundespolitischen Zwängen – Landespolitik eine linke Handschrift tragen kann und die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und demokratischen Konzepte unserer Partei tragfähig und umsetzbar sind. Und hier zeigen wir, dass die politische Kultur in einem Bundesland hin zu mehr Transparenz, Teilhabe und Beteiligung verändert werden kann. Wir haben gezeigt, dass LINKE in Regierungsverantwortung dem Land gut tut. Hieran wollen wir in der nächsten Wahlperiode anknüpfen. Dabei kämpfen wir für unsere Ziele und eine starke LINKE. Wir machen deutlich, was unser Weg ist und zeigen auf, was ohne uns anders gemacht werden würde.

Unser Brandenburg

Brandenburg ist ein dynamisches und widersprüchliches Land, es hat sich verändert und wird sich weiter verändern und wir wollen diesen Wandel mitgestalten. Die Entwicklung in den verschiedenen Regionen verläuft dabei nach wie vor unterschiedlich. Es zeigt sich: In den einzelnen Regionen braucht es jeweils spezifische, tragfähige und passgenaue, durch die gesellschaftlichen Akteure gestaltete Strategien für die neu entstehenden Lebenswelten. Es geht nicht um ein vereinheitlichtes Land sondern darum, dass Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass bei aller Unterschiedlichkeit, Brandenburg überall und für alle lebens- und liebenswert sein kann. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist, diese Entwicklungslinien zu gestalten und durch Landespolitik den Rahmen dafür zu setzen.

Diese Koalition hat, wie mit dem Koalitionsvertrag versprochen, Gemeinsinn und Erneuerung zusammen geführt und daraus eine produktive, sich gegenseitige bereichernde Mischung gemacht, die das Land verändert.

Politisch haben wir auf dieser Grundlage weit reichende Weichenstellungen vorgenommen und der Landesentwicklung starke Impulse mit nachhaltiger Wirkung für die Bürgerinnen und Bürger gegeben.

1. Soziales Land, gute Arbeit, gute Wirtschaft - sozialökologischer Strukturwandel

Brandenburg hat sich unter Rot-Rot von der Idee des „Billiglohlandes“ verabschiedet. *Wir betreiben Politik unter dem Leitgedanken „Soziales Land, gute Arbeit, gute Wirtschaft“.* Wir haben die Wirtschaftsförderung des Landes grundsätzlich verändert. Nicht allein der kurzfristige betriebswirtschaftliche Effekt steht im Zentrum - sondern auch das, was im Interesse von Unternehmen, Belegschaft und deren Familien Stabilität und Entwicklungsfähigkeit ermöglicht. Wirtschaftsförderung wird auch an Tarife und an die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden, sie zielt auf die Begrenzung und Rückführung der Leiharbeitsquote zugunsten Guter Arbeit. Unser Aktionsplan zur Stärkung der industriellen Basis enthält auch Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit und zur Einbindung von Kreativität und Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen einen starken öffentlichen Sektor, daher haben wir Kommunen die wirtschaftliche Tätigkeit erleichtert.

Wir haben erreicht, dass der Stellenabbau im öffentlichen Dienst moderater vonstatten geht als noch 2009 im Koalitionsvertrag auf Druck der SPD vereinbart. Wir haben Neueinstellungen und Ausbildung wieder ermöglicht. Bei LehrerInnen und ErzieherInnen, bei der Polizei, der Feuerwehr, im Justiz- und Finanzbereich.

Wir haben das Vergabegesetz eingeführt. Wir wollen, dass diejenigen, die im Auftrage des Landes arbeiten, auch ordentlich dafür bezahlt werden. Im nächsten Schritt zum Jahreswechsel sollen 8,50 € erreicht werden, dann möglichst zügig 10 Euro pro Stunde.

Wir geben dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Strukturwandel Perspektive und Richtung* - so mit der Energiestrategie 2030, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt. Wir schreiten auf dem *Weg zur sozial-ökologischen Erneuerung Brandenburgs voran - gemeinsam, offen, demokratisch, mit den betroffenen Akteuren, mit der regionalen Wirtschaft, den Kommunen.* Dieser Weg wird bundesweit nur in Brandenburg so beschritten!

Wir haben den Nachhaltigkeitsbeirat wiederbelebt und arbeiten an Nachhaltigkeitsstrategien, die die Idee der Nachhaltigkeit ressortübergreifend und gesellschaftlich verankern und zur Messlatte von Entscheidungen machen soll.

Der Abschied von der unterirdischen CO₂-Speicherung und die Zusage, dass es im Land keine CO₂-Speicherung gibt, wurde mit außerparlamentarischer Unterstützung hart errungen.

Hochwasser- und Naturschutz haben einen hohen Stellenwert.

Wir haben dem Verbraucherschutz eine neue strategische Grundlage gegeben.

2. LINKE Rechtsstaatspolitik

Wir haben in Brandenburg eine zeitgemäße Rechtsstaatspolitik mit klaren linken Akzenten etablieren können. Der Leitgedanke der Resozialisierung wurde durch uns gesetzlich neu im Strafvollzug verankert und damit - über die Verbrechensbekämpfung hinaus - einen *elementaren Schritt nach vorn zur Kriminalitätsverhütung* getan.

Wir haben die Sozialgerichte gestärkt - leider jedoch nicht die Wurzel allen Übels dort, die schlechten Bundesgesetze, beseitigen können.

Wir haben die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgeschafft und damit einen wichtigen Schritt getan, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, nicht weiter als Menschen zweiter Klasse mit eingeschränkten Freiheitsrechten zu behandeln.

Und Brandenburg ist auf dem Weg zu einer Antirassismus-Klausel in seiner Landesverfassung.

3. LINKE Gesundheitspolitik

Wir haben den Krankenhäusern in unserem Land nicht nur Stabilität, mehr Entscheidungsspielraum und eine Perspektive gegeben. Wir haben zugleich dafür gesorgt, dass sie künftig eine zentrale Rolle als Anker der ambulanten Versorgung gerade in den ländlichen Räumen spielen können. Alle Standorte der Krankenhäuser werden erhalten.

LINKE Gesundheitspolitik steht für Gemeindeschwester AGNES - ein bundesweit nach wie vor einmaliges Programm zur gesundheitlichen Betreuung im ländlichen Raum und zur Entlastung der dortigen Ärzte.

Sie steht für ein vorbildliches Krebserkennungs- und Registernetz in Brandenburg.

4. Bildungspolitik

Eine Schlüsselfrage im Bildungsbereich ist die nach ausreichend viel und gut qualifiziertem Personal.

Wir haben gleich zu Beginn der Legislaturperiode den Personalschlüssel in den Kitas deutlich verbessert. Wir haben Quereinsteigern den Zugang zum Erzieherberuf erleichtert, um Personalmangel in diesem Bereich vorzubeugen. Wir haben die Sprachförderung verbessert.

Im Schulbereich erhalten wir die Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 15,4 aufrecht. Und wir haben zudem die Zahl der Neueinstellungen von Lehrkräften deutlich erhöht - vorgenommen hatten wir uns 1250, zum Ende der Legislaturperiode werden es mindestens 2000 sein.

Zum Schuljahr 2014/15 wird die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte von Grund- und Oberschulen reduziert. Damit lösen wir ein langjähriges Versprechen ein und setzen eine von den Lehrkräften immer wieder gestellte Forderung um. Hinzu kommen Erleichterungen für ältere Lehrkräfte.

Zudem werden wir die Vertretungsreserve stärken und noch einmal 400 Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Mit den bestehenden 84 Pilotschulen sind wir bereits einen wichtigen (ersten) Schritt in Richtung Inklusion und in Richtung einer Schule für alle gegangen.

5. LINKE Finanzpolitik

Haushaltspolitisch konzentrieren wir uns darauf, Prioritäten zu setzen und zu finanzieren, die im Ergebnis Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern. Bildung, Soziales, Wissenschaft stehen dabei im Vordergrund.

Wir haben im Laufe der Legislatur größere Spielräume bei der Personalbedarfsplanung im Landesdienst erschlossen, als im Koalitionsvertrag auf der Druck der SPD festgeschrieben. Wir konnten die Zielzahl für 2018 von 40.000 auf 43.000 Stellen erhöhen, dauerhaft 6.500 Nachbesetzungen sichern und Einstellungskorridore öffnen.

Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg in den zurückliegenden Jahren keine fiskalische Erleichterung zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Investitions- und Sachkostenzuweisungen wurde von uns stetig gesteigert, absolut wie prozentual. Wir haben den Vorwegabzug von 50 Millionen Euro abgebaut, einen Demografiefaktor und einen Soziallastenausgleich eingeführt sowie einen solidarischen Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Kommunen. Fast ein Drittel des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – im Ländervergleich eine enorme Leistung.

Wir beenden die Neuverschuldung des Landes; bewusst angelegte Reserven haben es ermöglicht, dennoch auch mit den zusätzlichen Belastungen durch das Flughafen-Projekt BER fertig zu werden. Zugleich investieren wir bewusst in den Lärmschutz. Gemeinsam mit den Bürgerinitiativen ringen wir um mehr Nachruhe am BER.

6. Bundespolitik

Rot-Rot in Brandenburg strahlt auch in die Bundespolitik aus. Im Bundesrat wurde mit Stimmen der Rot-Roten Landesregierung folgendes beschlossen:

- die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes
- die Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung
- der Vorrang der Erdverkabelung beim Netzausbau
- die Stärkung der Innovationskraft der Photovoltaikindustrie
- besserer Arbeitsschutz bei psychischen Belastungen.

Wir haben einen „Solidarpakt III für gefährdete Regionen in Ost und West“ ab 2019 angeregt - eine Idee, die zunehmend populärer wird.

Auch müssen wir in den Ländern und im Bund Schlussfolgerungen aus dem unsäglichen NSU-Skandal für die Arbeit des Verfassungsschutzes (VS) ziehen. Dabei steht für uns grundsätzlich seine Funktion und Organisation als Teil des Inlandsgeheim- oder Nachrichtendienst infrage. Besonders der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel mit den geltenden Richtlinien für Führung und Einsatzes von V-Leuten sowie die Aufgaben- und Finanzstruktur sollen kritisch und öffentlich nachvollziehbar beleuchtet werden. Es geht uns um die Überprüfung und Beendigung der so genannten Bildungsarbeit des VS in Schulen und Vereinen. Die Diffamierung antifaschistischer Initiativen und Einrichtungen mit der sogenannten Extremismusthese in Publikationen des VS muss sofort beendet werden.

Nicht außer Acht lassen dürfen wir bundespolitische Einflüsse auf die Landespolitik. Durch Änderungen in der Arbeitsmarktförderung ist es uns beispielsweise bislang nicht gelungen einen wirksamen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu bilden. Die falsche Hartz-Gesetzgebung hat zu einer enormen Überlastung vor allem der Sozialgerichtsbarkeit geführt, die wir zwar abmildern aber nicht vollständig abbauen konnten.

Zudem mussten wir lernen, dass bei Eintritt in eine Regierung keine reset-Taste gedrückt werden kann. Besonders schmerzlich für uns ist es, dass wir dadurch in Bezug auf die Altanschießer nur marginale

Verbesserungen erreichen konnten. Auch als Regierungspartner muss man mit guten Argumenten im Land für Akzeptanz werben und den Koalitionspartner überzeugen.

Wir haben noch viel vor in Brandenburg und gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern. In unserem Leitbild „*Perspektiven für Brandenburg. Gerecht – Solidarisch – Nachhaltig*“ haben wir skizziert, wie wir uns ein lebens- und liebenswertes Land vorstellen. Wir wollen, dass die Menschen in allen Regionen des Landes gesund, gut und glücklich leben können. Dafür braucht es landespolitische Weichenstellungen, aber auch die Möglichkeit, vor Ort und in der Region die besten Lösungen zu suchen.

Wir wollen ein Brandenburg mit:

- Guter Arbeit, guten Löhnen, guter Wirtschaft
Es geht um die Zurückdrängung prekärer Arbeit, einen gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn, Abbau von Leiharbeit, Verbesserung von Arbeitsbedingungen und die Verringerung von Stress. Linke Wirtschaftspolitik bindet Wirtschaftsförderung an soziale Kriterien und forciert Innovation und Strukturwandel mit sozialem und ökologischem Augenmaß.
- Mehr Lebensqualität
*Dabei geht es um eine gute gesundheitliche Versorgung im ganzen Land, um den Erhalt von Krankenhausstandorten, die Sicherung ambulanter Versorgung und den Ausbau mobiler Dienste. Es geht um guten, bezahlbaren Wohnraum, die Sicherung von Mobilität und den Zugang zu kulturellen Angeboten.
Und es geht um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung der Natur.*
- Guter Bildung und Lebenschancen von Anfang an
*Es geht um die Sicherung von Schulstandorten, längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle Kinder mit guten die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.
Es geht um eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, eine vorsorgende Jugendarbeit, ausreichend Ausbildungsplätze und Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche.*
- Demokratischer Teilhabe und starkem Rechtsstaat in einem toleranten Land
*Es geht um Informationszugang, Stärkung direkter Demokratie, Transparenz von Politik und Verwaltung, vernünftige, bürgerfreundliche Kommunalstrukturen und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.
Es geht um eine bürgernahe Justiz, eine Verkürzung der Verfahrensdauer an den Gerichten und einen auf Resozialisierung orientierten Strafvollzug.
Und es geht um eine Willkommenskultur und bestmögliche Lebensbedingungen für Flüchtlinge, das Zurückdrängen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Förderung von Toleranz und Weltoffenheit.*
- Zukunftsorientierter Energiepolitik
*Es geht um Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preisstabilität für die Energiekunden, den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040 durch den Ausbau erneuerbarer Energien, Dezentralisierung der Stromerzeugung vor allem durch Bürgerbeteiligung, Netzausbau und Entwicklung von Speichertechnologien.
Es geht um die Steigerung der Akzeptanz erneuerbarer Energien in der Bevölkerung und die Entwicklung von Perspektiven für die Lausitz.*

Für dieses Brandenburg kämpfen wir, im Land, in den Landkreisen, in den Städten und Gemeinden. Unsere Stärke war und ist unsere Verankerung in den Städten und Dörfern. Wir wissen aus unzähligen Gesprächen und eigenem Erleben, was den Menschen auf den Nägeln brennt. Als LINKE wollen wir nicht über die Menschen entscheiden sondern mit ihnen gemeinsam nach tragfähigen Lösungen suchen. Dabei wissen wir, dass nicht jede gesellschaftliche Bewegung, nicht jede Initiative unsere Zustimmung finden kann. Ehrenamtliches Engagement und Teilhabe vor Ort verdienen es aber, ernst genommen zu werden. Miteinander vor Ort heißt für uns, gemeinsam mit den Akteuren Lösungen für die vorhandenen Probleme zu suchen und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu fördern.

Wir verstehen Politik als Partner von Bürgerinteressen und Politik gleichzeitig als Sphäre von Abwägungen im Interesse Aller. Politik muss Prioritäten setzen und Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit in klare Entscheidungen übersetzen. Dieser Ansatz geht über eine reduzierte Vorstellung von repräsentativer Demokratie hinaus – wir als LINKE wollen mit unseren Werten, Abwägungsmaßstäben zentraler Partner für gesellschaftliche Akteure sein. In diesem Ansatz ist die Vorbereitung und Herbeiführung von Entscheidungen dann nicht ein für alle mal legitimiert, sondern das entscheidende Feld politischer Tätigkeit. Beteiligung, Mediation und Transparenz sind auf allen politischen Ebenen die Mittel, um Akzeptanz für politisches Handeln zu erzielen.

DIE LINKE bei den Kommunal- und Europawahlen

Am 25. Mai 2014 finden in Brandenburg zeitgleich Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den Kommunalvertretungen statt. Die Brandenburger Ergebnisse der vergangenen Kommunal- und Europawahlen, vor allem das von unseren Mandatsträgern in den vergangenen Jahren Geleistete bilden ein gutes Fundament für einen erfolgreichen Wahlmarathon 2014.

Bei den Kommunalwahlen 2008 waren wir zweitstärkste Partei, landesweit hat DIE LINKE ca. 1150 Mandate in Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen gewonnen. Hinzu kommen zahlreiche hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Dezernentinnen und Dezernenten sowie Amtsausschussvorsitzende. Seit dem 14. Oktober stellen wir auch eine Landrätin. Wir haben unsere Kraft genutzt, um vor Ort für lebenswerte, solidarische Kommunen für alle zu kämpfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Privatisierungsbestrebungen bei der Daseinsvorsorge zurückgedrängt werden und die Politik vor Ort stets alle in der Kommune lebenden Menschen im Blick hat.

In den Kommunen werden viele ErfahrungsträgerInnen erneut antreten, zudem werden sich neue, jüngere und ältere Kandidatinnen und Kandidaten erstmals bewerben. Wir wollen dadurch zu neuer Gestaltungskraft vor Ort gelangen. Wir wollen offene Listen und neue Ideen und Gedanken, wir wollen souveräne Arbeit und Kontinuität und behutsame Erneuerung in den Vertretungen. Sie alle werden ihre Erfahrungen und ihr Engagement für starke Kommunen nutzen, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich in die Politik umfassend einbringen können und öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet wird. Angesichts leerer kommunaler Kassen werden sich die linken Mandatsträger der nicht einfachen Aufgabe stellen und gemeinsam mit den Vereinen, Verbänden und anderen Interessenvertretungen den besten Weg suchen, um die berechtigten Ansprüche ihrer Wählerinnen und Wähler einzulösen. Unser besonderer Dank gilt allen linken MandatsträgerInnen für die geleistete Arbeit, vor allem aber denen, die 2014 nach bis zu 23 Jahren ehrenamtlichen Engagements nicht wieder kandidieren. Vielen Dank dafür! Ohne euch wäre DIE LINKE in Brandenburg nicht das, was sie ist!

Unser Ziel ist es, bei der Kommunalwahl den zweiten Platz zu verteidigen und ebenso viele Mandate wie 2008 zu gewinnen. Im Ergebnis der Europawahl soll nicht nur eine starke Delegation in einer linken Fraktion die Arbeit des Europäischen Parlaments von links mitgestalten – das linke Brandenburg soll auch personell in Brüssel wieder präsent sein. Bei der Europawahl 2009 wurde DIE LINKE in Brandenburg – wenn auch mit Verlusten – zum zweiten Mal stärkste Partei. An dieses Ergebnis wollen wir anknüpfen. Dem Landesverband muss es gelingen, Kommunal- und Europawahlkampf eng miteinander zu verbinden. Das ist einfacher als sich das mancher vorstellen mag: Denn Brandenburgs Kommunen sind auf vielfältige Weise mit „Europa“, mit dem, was in Brüssel und Straßburg entschieden wird, verknüpft. Wenn das Licht eingeschaltet wird, kommt die EU aus der Steckdose, weil die Stromdurchleitungsrechte europäisch geregelt sind. Beim Aufdrehen des Wasserhahns können die Bürgerinnen und Bürger in jedem Mitgliedstaat sicher sein, dass Trinkwasserqualität gewährleistet ist. Umweltbewusstem Busfahren liegen die gleichen Sicherheitsbestimmungen zugrunde, gleichgültig ob in Spanien oder in Deutschland. Selbst in den Kindergärten sind die Raumtemperaturen, in denen sich die Jüngsten aufhalten, durch die EU geregelt. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird wesentlich durch Richtlinien zur Gewährung der Wettbewerbs-, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit beeinflusst. Abgeordnete und auch hauptamtliche Mandatsträger unterliegen sehr oft in ihren Entscheidungen Rahmenbedingungen, die durch EU-Recht vorbestimmt sind.

Vor diesem Hintergrund werben wir für eine starke linke Stimme im Europäischen Parlament, eine starke Stimme insbesondere

- für die Berücksichtigung der Interessen der Regionen in der europäischen Politik. Brandenburg hat von der EU profitiert und wird auch in Zukunft von der europäischen Integration profitieren, nicht nur im Bereich der Strukturförderung durch die EU, sein,
- gegen weitere Privatisierungen und Liberalisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge: Wie bei der europäischen Bürgerinitiative gegen die weitere Liberalisierung der Wasserversorgung gilt es auch in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Ausstatt auf Abbau des Öffentlichen zu setzen,
- für europäische Rahmensetzungen für „Gute Arbeit“ auch in Brandenburg – Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Konditionen für die Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand müssen vor diesem Hintergrund auf EU-Ebene grundlegend umgestaltet werden. DIE LINKE steht für ein Soziales Europa!

Was ist zu tun?

Die Ergebnisse, die wir bei den Kommunal- und Europawahlen erzielen, werden unsere Verankerung vor Ort, die Stärke unserer inhaltlichen Konzepte und die Akzeptanz der LINKEN in Brandenburg und ihrer politischen Arbeit spiegeln. Sie sind gleichzeitig die Ausgangsbasis für die Wahlen zum Brandenburger Landtag im Herbst.

- Bis Ende Januar 2014 werden wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahlen aufstellen. Gleichzeitig beginnen wir mit der Erarbeitung des Landtagswahlprogramms auf Basis unseres Leitbildes. Hierzu wollen wir im Februar eine Wahlprogrammwerkstatt durchführen, bei der wir die Grundzüge unseres Programms und die bereits absehbaren Konflikte diskutieren und die Schlüsselprojekte für die kommende Wahlperiode definieren. Der Wahlprogrammmentwurf wird im März 2014 vorgelegt, bei den Frühjahrsregionalkonferenzen diskutiert und im Juni 2014 beschlossen.
- Im Februar 2014 wird die Bundespartei die Liste für die Europawahlen aufstellen. Als Brandenburger Landesverband werden wir uns dafür einsetzen, dass die aussichtsreichen Listenplätze politisch und regional ausgewogen besetzt werden. Wir wollen damit gemeinsam mit vielen anderen Akteuren unserer Partei für eine arbeitsfähige und politisch wirkungsvolle LINKE im Europaparlament wirken. Wir werden im November 2013 entscheiden, welche/n Kandidaten/in wird als Brandenburger Landesverband besonders bei der Kandidatur unterstützen.
- Bis März 2014 wollen wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen aufstellen. In allen Kreisverbänden wird schon jetzt mit Hochdruck an der Gewinnung von Menschen, die für DIE LINKE in die Kommunalparlamente einziehen wollen, gearbeitet. Hier sind weitere Anstrengungen notwendig. Die Landespartei bittet das kommunalpolitische forum ein Schulungswochenende am 29. und 30. März 2014 für Kandidierende zur Kommunalwahl zu erarbeiten und durchzuführen. Die Kreisverbände wirken darauf hin, dass ihre KandidatInnen dieses Angebot nutzen.

Uns bleibt somit keine Zeit zum Ausruhen. Wir arbeiten auch in den kommenden Monaten 100% sozial für Brandenburg.